

waffenrechtswetter

Das Innenministerium legt Vorschläge vor, das Waffenrecht in Deutschland zu verschärfen: Insbesondere solle der Schutz der Bevölkerung vor Angreifern mit Messern verbessert werden, hieß es. Doch halt, war da nicht was? Schon Januar 2023 hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) einen Gesetzentwurf für ein schärferes Waffenrecht vorgelegt, das im Bundestag seitdem von der FDP blockiert wird. Gute Aussichten am Hecker-Koch-Standort in Oberndorf: Sonnenschein und 27 Grad.

Dokumentationszentrum kommt

In Berlin sollen NSU-Terror und das Staatsversagen beleuchtet werden

Von **Frederik Eikmanns**

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat einen ersten Gesetzentwurf für das geplante NSU-Dokumentationszentrum in die Ressortabstimmung gebracht. Das Zentrum, das an die Verbrechen der Rechtsterrorgruppe erinnern soll, wird demnach in Berlin entstehen und als Stiftung verfasst sein. Nun haben Verbände und andere Ministerien Möglichkeit, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Erste Reaktionen aus den Ampelfraktionen sind positiv.

Die Morde des selbsterklärten Nationalsozialistischen Untergrunds und das Versagen des Staates bei der Aufklärung seien „eine Schande für unser Land“, sagte Faeser. „Auch über ein Jahrzehnt danach sind noch viele Fragen offen, vor allem für die Familien der Opfer.“ Die Ministerin versprach einen „Erinnerungsort für die Angehörigen der Ermordeten und die Überlebenden der Bombenschläge“. Kernstück soll eine Ausstellung werden, die die Verbrechen des NSU und das Verhalten der Behörden dokumentiert.

Neben dem Hauptsitz in Berlin soll es laut Ministerium auch „weitere Orte und Initiativen im gesamten Bundesgebiet unter dem Dach des NSU-Dokumentationszentrums“ geben. In Chemnitz entsteht derzeit bereits ein eigenes Dokumentationszentrum zu dem Thema.

Die drei Nazis Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe hatten Deutschland ab 1999 mit einer Serie von Terroranschlägen überzogen, die sich hauptsächlich gegen Personen mit Migrationshintergrund richtete. Dabei ermordete der NSU insgesamt zehn Menschen und verwundeten zahlreiche weitere. Die Sicherheitsbehörden erkannten lange keinen Zusammenhang und keinen rechten Hintergrund, sondern beschuldigten teils die Opfer und deren Familien. 2011 enttarnte sich die Gruppe selbst, Mundlos und Böhnhardt begingen Suizid. Zschäpe wurde festgenommen und 2018 zu einer lebenslangen Haftstrafe mit Sicherungsverwahrung verurteilt. Verbindungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum NSU sind bis heute nicht aufgeklärt, genauso wenig wie der Verdacht, dass es weitere Mitglieder und Unterstützer*innen gab.

SPD, Grüne und FDP hatten die Einrichtung des Dokumentationszentrums 2021 in ihren Koalitionsvertrag versprochen. Grünen-Abgeordnete Misbah Khan sagte der taz nun: „Bis heute sind die Erinnerung an die Opfer und die Lehren aus dem NSU-Terror sowie dem damit verbundenen Staatsversagen in der Bundesrepublik nicht angemessen verankert.“ Das Zentrum solle diese „Leerstelle“ füllen. „Ich erwarte, dass die Hinterbliebenen und Betroffenen im weiteren Prozess eng eingebunden werden.“



Die Bundeswehr will mehr Wehrmacht wagen

Die Truppe erweitert den Kanon ihrer Soldaten, in deren Tradition sie steht. Bei manchen Wehrmachtsangehörigen will man es nicht mehr so eng sehen

Von **Dirk Eckert**

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgerichtete Zeitenwende verändert jetzt auch die Traditionspflege bei der Bundeswehr. Bislang regelt der Traditionserlass von 2018 die Erinnerungskultur in der Truppe, die angesichts der deutschen Geschichte und der Gräueltaten der Wehrmacht durchaus heikel ist. Dieser Erlass bleibt weiterhin gültig, wird jetzt aber ergänzt: Die Bundeswehr will künftig mehr die Kriegstüchtigkeit betonen, die Verteidigungsminister Boris Pistorius angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine proklamiert.

Im Traditionserlass von 2018 wird die Wehrmacht als ganzes als nicht traditionswürdig bezeichnet. Einzelne Wehrmachtssoldaten können aber in das Traditionsgut der Bundeswehr aufgenommen werden, vorausgesetzt sie haben sich durch eine Leistung, wie einer „Beti-

ligung am militärischen Widerstand“ gegen die Nationalsozialisten, ausgezeichnet.

Jetzt soll diese Regelung erweitert werden: Fortan sollen „nicht nur diejenigen Angehörigen der Wehrmacht, die dem militärischen Widerstand zuzurechnen sind“, sondern auch solche, die nach 1945 beim Aufbau der Bundeswehr mitgewirkt haben, in den Traditionskanon der Bundeswehr aufgenommen werden. Denn, so heißt es in den ergänzenden Hinweisen, die der Abteilungsleiter Einsatzbereitschaft und Unterstützung Streitkräfte im Verteidigungsministerium, Generalleutnant Kai Rohrschneider, am 12. Juli 2024 intern verschickt hat: „Die rund 40.000 von der Wehrmacht übernommenen ehemaligen Soldaten hatten sich zu großen Teilen im Gefecht bewährt und verfügten somit über Kriegserfahrungen, die beim Aufbau der Bundeswehr unentbehrlich waren.“

Künftig brauche die Bundeswehr deshalb Beispiele „für militärische Exzellenz, Einsatzbereitschaft und den Willen zum Kampf zum Ziel, wenn es der Auftrag erfordert“, begründet Rohrschneider die ergänzenden Hinweise in einer Weisung. Gleichzeitig warnt die Ergänzung aber auch davor, Kriegstüchtigkeit auf das „Fallen im Einsatz“ zu reduzieren. Das bleibe zwar „unzweifelhaft Beispiel für soldatische Tugenden wie treues und tapferes Dienem“, aber: „Es ist jedoch nicht per se als Beispiel für traditionstiftende militärische Exzellenz, herausragende Haltung oder militärischen Erfolg geeignet.“

Angehängt ist der Ergänzung eine Liste 24 „traditionstiftender Personen“. Dort findet sich dann unter anderen Brigadegeneral Heinz Karst, der in der Bundeswehr die „Überbetonung des zivilen Anteils an der Inneren Führung“ kritisiert habe.

Das Verteidigungsministerium weiß über ihn anerkennend zu berichten: „Wurde für seine auf Kriegstauglichkeit gerichteten Positionen Anfang der 70er Jahre unter anderem durch das Spiegel Magazin öffentlich kritisiert.“

Oder Oberst Erich Hartmann, wegen 352 Luftsiegen im Zweiten Weltkrieg „erfolgreichster Jagdflieger der Militärluftfahrt“. Später habe er „wohlargumentiert die Einführung des ‚Starfighters‘“ kritisiert, also des Kampfflugzeuges, das für seine hohe Absturztare berüchtigt war. Ebenfalls gewürdigt wird Konteradmiral Erich Topp „im Zweiten Weltkrieg einer der erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten“. Denn das frühere Mitglied von NSDAP und SS „setzte sich nach 1945 sehr kritisch mit der eigenen Vita sowie der Rolle der Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg auseinander“.

Wehrmachtssoldaten zu würdigen, sei generell problematisch, findet dagegen Günter Knebel von der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz. Damit würden sie aufs „rein Soldatische“ reduziert: „Hier wird der Kontext außer acht gelassen, in dem die Soldaten gekämpft haben“, kritisiert er.

Zeitlose soldatische Tugenden gebe es nicht, betont auch Jakob Knab, Sprecher der Initiative gegen falsche Glorie, die sich kritisch mit der Traditionspflege der Bundeswehr auseinandersetzt. „So wird die Kriegstüchtigkeit der Wehrmacht enthistorisiert und damit entnazifiziert.“ Mit der Ergänzung werde der Traditionserlass „in die falsche Richtung gelenkt“, kritisiert Knab. Die Bundeswehr solle nicht kriegstüchtig, sondern abwehrbereit sein. „Es reicht, wenn sie ihren Soldateneid ernst nehmen, da braucht man keine Vorbilder aus der Wehrmacht.“

Neue Ehre: Unter anderem für Erich Hartmann (1. v. l.), einen „erfolgreichen“ Jagdflieger der Wehrmacht. Aufnahme aus dem April 1961
Foto: Gerd Herold/picture alliance



SPD-Haushälter bleibt zuversichtlich

Finanzminister und Kanzler sind beim Etat erneut uneins. Doch Parlamentarier Dennis Rohde bleibt hoffnungsvoll

Cem-Odos Güler, Berlin

Während sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Finanzminister Christian Linder (FDP) über die Ferne ein Machtspiel zu dem Haushaltsentwurf liefern, versucht sich die SPD-Bundestagsfraktion in Optimismus: „Wir gehen weiterhin davon aus, fristgerecht einen verfassungskonformen Haushaltsentwurf vorgelegt zu bekommen“, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Rohde, am Donnerstag gegenüber der taz.

In etwa zwei Wochen will die Bundesregierung den Entwurf für den Finanzplan 2025 dem Parlament zukommen lassen – doch nach der

mühsamen Einigung war erneut Streit ausgebrochen.

„Ich gehe davon aus, dass die verbleibende Lücke im Etat in gemeinsamer regierungsseitiger Kraftanstrengung geschlossen werden kann“, erklärte Rohde. Damit schlug er rhetorisch eine Brücke in Richtung des Finanzministers, der vom Bundeskanzler einen ungewöhnlich deutlichen Seitenhieb kassiert hatte. „Es bleibt ein Mysterium, wie das eigentlich klare Votum des juristischen Gutachtens vorübergehend grundfalsch aufgefasst werden konnte“, hatte Scholz gegenüber *Zeit Online* gesagt – und damit auf Lindners angespielt. Der hatte zuvor in Bezug auf ein Gutachten erwähnt, dass

er noch einmal neu über den Haushalt verhandeln wolle.

Streitgrund ist eine Finanzierungslücke von 17 Milliarden Euro für den kommenden Haushalt. Die Bundesregierung hat deshalb nach Optionen gesucht, wie mehr Geld beschafft werden könnte und diese gutachterlich prüfen lassen.

Lindner und Scholz bewerteten die Prüfungsergebnisse unterschiedlich: Der Finanzminister sieht die angedachte Umwandlung von Zuschüssen an Bahn und Autobahn-Gesellschaft in Darlehen als kritisch. Scholz vertrat die Haltung: „Das geht“, um anschließend die Änderungen des Finanzministers als „mysteriös“ und „vorübergehen-

des“ Missverständnis zu bezeichnen.

Linder erntete Kritik dafür, das Gutachterergebnis öffentlich ausbreitet und damit neue Uneinigkeit bei den Haushaltsverhandlungen demonstriert zu haben. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), bezeichnete den neuen Haushaltsstreit als „übertrieben und unnötig“. Die Finanzierung staatlicher Unternehmen durch Darlehen, so wie für die Deutsche Bahn und die Autobahn GmbH geplant, ist nicht ungewöhnlich“, erklärte er. Für ihn hätte die Bundesregierung die offenen Punkte intern klären können und müssen, „statt nun erneut ein Bild der Zerstrittenheit abzugeben“.

Morgen in der wochen taz

Nichts für Kinder

Die Kindergrundsicherung war das entscheidende soziale Projekt der Grünen. Jetzt ist das Vorhaben tot. Welchen Anteil hat Ministerin Lisa Paus? Ein Portrait

Offen für alles

Wenn nichts einfach abprallt: Unsere Autorin hat ADHS. Über ein Leben mit einer Diagnose, deren Wirklichkeit immer noch unter Vorurteilen verschüttet ist

Wiederbelebung

Was kann man tun, um die Demokratie wieder zu stärken? Zehn Wissenschaftler*innen, Autor*innen und Aktivist*innen entwickeln neue Ideen

Am Kiosk oder im Abo • taz.de/wochentaz

